

Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion, Kreishaushalt 2020

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (PV-Anlagen)

Die Kreisverwaltung wird beauftragt für jede kreiseigene Liegenschaft ein Konzept zur CO²-Reduktion vorzulegen und dabei sowohl die Möglichkeiten nach dem EEG zu berücksichtigen, als auch weitere CO² reduzierende Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Nutzung von Programmen bzw. Fördergelder.

Begründung:

Die Kreisverwaltung hat in der Sitzungsvorlage (371/2019) zum Antrag der Grünen (S. 4/5) dargelegt, dass Investitionsmittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro für Photovoltaikanlagen im Jahr 2020 nicht abfließen werden, da entsprechende Maßnahmen in 2020 nicht realisierbar sind. Das Ziel, weg von fossilen Brennstoffen zu kommen, ist richtig. Darum gilt es die Sektoren Strom, Wärme und Mobilität zu koppeln und klimaverträgliche Zukunftstechnologien zu verwenden.

Die SPD-Kreistagsfraktion ist der Auffassung, dass die unabdingbare notwendige Energiewende nicht auf PV-Anlagen reduziert werden darf, sondern die CO²-Reduktion auf alle Möglichkeiten der kreiseigenen Liegenschaften bezogen werden muss. Dazu gehören neue, effektivere Heizsysteme (Blockkraftheizwerk, Pellets, Erdwärme usw.), Dämmung, Fassaden usw. Alle sinnvollen technischen Maßnahmen gilt es zu berücksichtigen.

Durch die bevorstehende Novellierung des EEG ist damit zu rechnen, dass der Bund, aber auch das Land, entsprechende Programme auflegen, um die selbstgesetzten Ziele der CO²-Reduktion zu erreichen. Der Landkreis sollte auf diese Situation vorbereitet sein.

Norbert Zeller, SPD-Kreistagsfraktion

13.01.2020